

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

31.05.2022

Inhalt

EWN

1 Wohin mit dem Atommüll? <i>Schweriner Volkszeitung - Hagenower Kreisblatt, 31.05.2022</i>	3
2 Dämpfer für Russlands Atomkraftambitionen in Afrika <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.05.2022</i>	4

📰 Schweriner Volkszeitung - Hagenower Kreisblatt | 31.05.2022 | S. 07-SHA SEITE 7

📄 Auflage: 9.019 | Reichweite: 22.652

👤 Sascha Nitsche

Wohin mit dem Atommüll?

Landkreis Lüneburg ließ fünf mögliche Standorte untersuchen / Fazit: Gebiete entsprechen den Kriterien

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) sucht in ganz Deutschland Standorte für die möglichst sichere Endlagerung von Atommüll. Im Jahr 2013 wurde dieser Prozess begonnen, der 2031 in einem Atommüll-Endlager münden soll. Auch Gebiete im Landkreis Lüneburg stehen hierbei zur Auswahl. Daher hat der Landkreis Lüneburg zusammen mit seinen Nachbarlandkreisen Uelzen und Harburg ein Gutachten über die Eignung der von der Bundesgesellschaft vorgesehenen Gebiete beauftragt.

Dies ist für die grundlegende Endlagersuche der BGE nicht notwendig. Man habe sich aber dennoch dazu entschlossen, weil Gorleben als ehemaliges Atommüll-Zwischenlager direkt nebenan ist. Die Entscheidungsträger gehen deswegen äußerst sensibel mit dem Thema Atommüll um. Das erläutert Marion Junker, Sprecherin des Landkreises Lüneburg, und berichtet: „Der Entwurf liegt nun vor.“

Er ist unter www.landkreis-lueneburg.de/endlagersuche abrufbar und führt auf mehr als 150 Seiten die Ergebnisse aus, zu denen die von den Landkreisen beauftragten Gutachter der Firma „DEEP.KBB“ gekommen sind. Marion Junker wird dabei noch etwas konkreter: „Unter den deutschlandweit 90 Teilgebieten, die nach einem ersten Zwischenbericht als mögliche Standorte für ein Endlager in Betracht gezogen werden, liegen fünf im Landkreis Lüneburg.“ Die Gutachter betrachteten unter anderem diese fünf potenziellen Gebiete im Landkreis Lüneburg. Auf die Gemeinde Amt Neuhaus, die mit ihrem Salzstock zwischen Sumte und Gülze zum Landkreis Lüneburg gehört, wird dabei zwar nicht explizit eingegangen. Sie wurde allerdings im Rahmen der Betrachtung der Teilgebiete

im Gutachten berücksichtigt, wie Marion Junker auf Nachfrage bestätigt.

So zählt auch für die Gemeinde rechts der Elbe das erste Fazit des Gutachtens: Die Teilgebiete in der Region entsprechen den Kriterien der Bundesgesellschaft für Endlagerung. „Allerdings sind sich die Experten einig, dass nur Bohrungen umfassende Daten über die Eignung der Teilgebiete liefern können. Erst dann könne seriös beurteilt werden, ob beispielsweise die Mächtigkeit von Tonschichten oder die Ausdehnung von Salzstöcken ausreichen, um dort ein Endlager zu errichten“, fügt Marion Junker an. Geplant sind diese Bohrungen im zweiten Auswahlschritt, dann sollen von den 90 Teilgebieten bereits zehn selektiert worden sein.

„Die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle liegt beim Bund“, erläutert Jürgen Krumböhrer, Erster Kreisrat des Landkreises Lüneburg. „Aufgabe der Landkreise ist, die Bevölkerung gut zu informieren und das Verfahren zu kommunizieren.“

Auch deswegen und um die bundesweite Suche nach einem Endlagerstandort für Atommüll auf lokaler Ebene zu begleiten, gründete der Landkreis Lüneburg nach einem Beschluss des Kreistages am 16. November 2020 den Begleitausschuss zur Endlagersuche. Ihm gehören 13 Kreistagsabgeordnete und als vier beratende Mitglieder der Vorsitzende der Reaktor-Sicherheitskommission und je ein Vertreter des Lüneburger Aktionsbündnisses gegen Atom, der Leuphana Universität und des BUND an. Der Begleitausschuss befasst sich intensiv mit dem schrittweisen Auswahlverfahren und somit nun auch mit dem von den Landkreisen beauftragten Gutachten.

Dämpfer für Russlands Atomkraftambitionen in Afrika

Russische Vorhaben stecken in frühen Stadien fest

clb. KAPSTADT. Es ist eines der großen Themen auf dem Afrika-Russland-Gipfel in Sotschi gewesen: Mit dem Bau von Atomkraftwerken wollte Russland 2019 wieder an Einfluss auf dem Kontinent gewinnen. Eine Fülle von Kooperationsabkommen über die friedliche Nutzung der Kernenergie wurden damals in der Stadt am Schwarzen Meer geschlossen, unter anderem mit Ruanda, Uganda und Äthiopien. Aktuell sind auf der Rosatom-Internetseite Kooperationsabkommen mit acht Ländern südlich der Sahara aufgelistet. Kein anderer Staat hat so vehement den Export von Nukleartechnologie auf dem Kontinent vorangetrieben.

Mehrere afrikanische Regierungen halten sich mit Kritik an Russland zurück, verfolgen einen neutralen oder sogar russlandfreundlichen Kurs. Trotzdem könnte der Ukrainekrieg dem russischen Vorpreschen einen Dämpfer versetzen. Zum einen dürfte Russland durch die Sanktionen westlicher Länder finanziell geschwächt sein. Zum anderen sei Russland auch bei bestimmten kritischen Technologien für den Bau von Kernkraftwerken von westlichen Ländern abhängig, sagt Chris Yelland, Energieanalyst in Südafrika. "Das Risiko solcher Großprojekte ist für afrikanische Regierungen dadurch erheblich gestiegen."

Der russische Staatskonzern Rosatom hat in der Vergangenheit mit besonders attraktiven Finanzierungspaketen sowie langfristigen Vereinbarungen über Brennstofflieferungen, Training und die Entsorgung von Atommüll geworben. Teils umfassten die Abmachungen auch die Exploration und den Abbau von Uran. Das kam bei afrikanischen Staatschefs an. Bisher gehörte Russland neben China und Südkorea zu den wichtigsten Anwärtern für den Ausbau der Kernenergie in Afrika. Auf dem ganzen Kontinent gibt es nur ein Kernkraftwerk, das fast 40 Jahre alte Koeberg-Kraftwerk bei Kapstadt.

Die russischen Vorhaben in Afrika stecken jedoch in frühen Stadien fest, abgesehen von dem in Ägypten. Das ehrgeizigste - eine gigantische Flotte zusätzlicher Kernkraftwerke mit einer Kapazität von 9600 Megawatt

in Südafrika - scheiterte vor einigen Jahren spektakulär. Der frühere Präsident Jacob Zuma und Russlands Wladimir Putin hatten 2014 das Großprojekt hinter verschlossenen Türen schon fast auf den Weg gebracht. Doch es stieß im demokratischen Südafrika auf unerwartet heftigen Widerstand. Der Staat hätte sich hoch verschuldet und mehrere Generationen von Steuerzahlern belastet. Vor allem gab es viele Hinweise auf Korruption im großen Stil. Letztlich stoppte ein Gericht das Projekt, der heutige Präsident Cyril Ramaphosa erklärte ein Kraftwerk dieser Größe für nicht finanzierbar.

Verbindungen zu Russland bestehen aber weiterhin, die womöglich Südafrikas "neutrale" Position mit Blick auf den Ukrainekrieg miterklären. Seit den Neunzigerjahren versorgt Rosatom neben Lieferanten aus anderen Ländern das Koeberg-Kraftwerk mit angereichertem Uran. Außerdem ist ein Ausbau der Kernkraft in Südafrika immer noch ein Thema. Statt 9600 Megawatt zusätzlicher Kapazitäten wie unter Zuma plant das Energieministerium jetzt 2500 Megawatt. Zusätzlich möchte Südafrika einen neuen Forschungsreaktor beschaffen, um radioaktive Isotope für medizinische und industrielle Anwendungen zu produzieren. Vor Putins Krieg habe Russland gute Chancen auf einen Zuschlag gehabt, sagt Yelland. Nun scheint ein russischer Atomliefervertrag immer riskanter zu werden.

Ob die Kernkraft überhaupt ein Königsweg für die Energieversorgung Afrikas ist, ist allerdings umstritten. Während sich einige in der internationalen Nuklearindustrie dafür einsetzen, warnen andere Fachleute vor Sicherheitsrisiken, hohen Kosten und geringer Flexibilität. Die typische Größe eines modernen Kernkraftwerks liege bei 1000 Megawatt oder sogar darüber, sagt Yelland. Das ist mehr als der gesamte Strombedarf vieler afrikanischer Länder. Damit würden sich die Länder in große Abhängigkeit von einem einzigen Kraftwerk begeben. Der flexible Betrieb eines Kernkraftwerks mit einer Auslastung von weniger als 90 Prozent treibt zudem die Stromkosten in die Höhe. Für die Stromlieferung wäre ein weit gespanntes nationa-

les oder sogar transnationales Netz erforderlich. An gut ausgebauten Netzen mangelt es jedoch selbst in vielen afrikanischen Ländern. Fast die Hälfte der Bevölkerung in Afrika südlich der Sahara ist nicht einmal an ein Stromnetz angeschlossen. Als bessere Alternative zu Atom und Kohle sehen Fachleute die erneuerbaren Energien. Allein die schon lange avisierten Inga-Staudämme am Kongo-Fluss könnten bis zu 40 000 Megawatt Strom liefern.

Rosatom lässt auch seit der Invasion in die Ukraine nicht locker. Der Staatskonzern wirbt für kleinere modulare Reaktoren der nächsten Generation als geeig-

nete Lösung für Afrika. Das ist allerdings Zukunftsmusik. Kritiker halten solche Reaktoren erst in vielen Jahren für einsatzfähig auf dem Kontinent, wenn überhaupt. Auch Südafrika hat Rosatom trotz des damaligen Fiaskos nicht aufgegeben. Es sei weiterhin ein "interessierter Anbieter für das potentielle Neubauprogramm für Kernkraftwerke und bereit, sich an einem offenen, transparenten und wettbewerbsorientierten Vergabeverfahren zu beteiligen", teilte das Unternehmen kürzlich mit. "Rosatom ist der Ansicht, dass die Beziehungen im Bereich der Kernenergie von der Politik distanziert sein sollten."